

**AMNESTY INTERNATIONAL
NETZWERK ARBEIT, WIRTSCHAFT
UND SOZIALE RECHTE**

<http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>

AKTIONEN ZUM 1. MAI 2016



China:

**Menschenrechtsaktivist*innen
in Gefahr**



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Editorial

Menschenrechtsverteidiger*innen in China kommen zunehmend unter Druck. Im Jahr 2015 wurden eine Reihe neuer Gesetze eingeführt, die die Menschenrechte gravierend einschränken.

Die Regierung geht im ganzen Land massiv gegen Menschenrechtsanwält*innen vor. Politisch engagierte Bürger*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen sind nach wie vor Ziel systematischer Drangsalierungen und Einschüchterungen.

Die Behörden verschärfen laufend die Kontrolle über das Internet, die Massenmedien sowie akademische Einrichtungen. Somit wird der Zugang zu unabhängigen Medien erschwert.

Anwält*innen, Journalist*innen und Arbeitsrechtsverteidiger*innen werden immer wieder willkürlich festgenommen, gefoltert und müssen Geständnisse ablegen, die im staatlichen Fernsehen ausgestrahlt werden. Die Haftbedingungen in den Gefängnissen sind miserabel, sodass die Menschen oft dauerhafte gesundheitliche Schäden davontragen müssen.

Helfen Sie mit. Wie jedes Jahr, haben wir Aktionen vorbereitet und laden Sie ein, sich für Aktivist*innen einzusetzen, indem Sie die beiliegenden Briefe unterzeichnen und an die zuständigen Behörden schicken.

Wir danken für Ihren Einsatz.

Das Team des Netzwerks Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte

CHINA

Im Jahr 2015 wurden eine Reihe neuer „Sicherheits“-Gesetze entworfen oder bereits in Kraft gesetzt und drohen die Menschenrechte gravierend einzuschränken. Es ist zu befürchten, dass diese dazu dienen könnten, kritische Stimmen und Menschenrechtsverteidiger*innen mittels breit gefasster Anklagen wie „Anstiftung zur Subversion“, „Separatismus“ oder „Weitergabe von Staatsgeheimnissen“ zum Schweigen zu bringen. Das am 1. Juli 2015 in Kraft gesetzte Nationale Sicherheitsgesetz gab Anlass zur Sorge, da es eine weite und vage Definition der „nationalen Sicherheit“ enthält, die Bereiche wie Politik, Kultur, Finanzen und das Internet umfasst.

Das im Dezember 2015 vom Nationalen Volkskongress verabschiedete Antiterrorgesetz enthält praktisch keine Schutzmaßnahmen, um zu verhindern, dass Personen, die in friedlicher Weise ihre Religion ausüben oder die lediglich Kritik an der Politik der Regierung üben, wegen weit gefasster Anklagen im Zusammenhang mit „Terrorismus“ oder „Extremismus“ strafrechtlich verfolgt werden.

Die Regierung geht im ganzen Land massiv gegen Menschenrechtsanwält*innen vor. Politisch engagierte Bürger*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen werden systematischen Drangsalierungen und Einschüchterungen ausgesetzt. Zum Beispiel wurden fünf Frauenrechtsaktivistinnen in Haft genommen, weil sie am Internationalen Frauentag eine Aktion gegen sexuelle Belästigung durchführen wollten.

Folter und andere Misshandlungen sind nach wie vor weit verbreitet, und für viele Bürger*innen des Landes ist es unmöglich, sich vor Gericht Recht zu verschaffen. Der UN-Ausschuss gegen Folter bemängelte, dass frühere Empfehlungen nicht umgesetzt wurden.

Die Behörden verschärfen ihre Kontrolle über das Internet, die Massenmedien sowie akademische Einrichtungen und Hochschulen. Die Zahl der im Fernsehen ausgestrahlten „Geständnisse“ von Kritikern in Untersuchungshaft nimmt weiterhin zu.

Die Religionsfreiheit wird weiterhin systematisch unterdrückt. Die Regierung hat 2015 wieder in der Provinz Zhejiang Kirchen abgerissen und christliche Kreuze entfernt. In der vornehmlich von Muslimen bewohnten Uigurischen Autonomen Region Xinjiang (Sinkiang) erließ die Regionalregierung neue Vorschriften, um religiöse Angelegenheiten noch stärker zu kontrollieren und alle nicht genehmigten religiösen Praktiken zu untersagen. Die Regierung übt auch weiterhin eine strenge Kontrolle über tibetische buddhistische Klöster aus.

Quelle: Amnesty International, Jahresberichte 2014 und 2015

Impressum:

Amnesty International Österreich
Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte
c/o Moeringgasse 10/1, A 1150 Wien
E-Mail: gewerkschafterInnen@amnesty.at
© Fotos: Amnesty International
Eigene Herstellung, April 2016

Aktionen des Netzwerks zu China

In den vergangenen Jahren setzte sich das Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte immer wieder für Arbeitsrechts- und Menschenrechtsaktivist*innen in China ein.

Dabei konnten wir auch einige Erfolge erzielen. Hier drei Beispiele:



- Aktivist Zhu Chengzhi, der Aufklärung für den mysteriösen Tod von Li Wangyang forderte, wurde im März 2013 verschleppt und kam nach internationalen Protesten wieder nach Hause.



- Die Langzeitaktivistin Mao Hengfeng, die sich für Recht auf Wohnen einsetzte und dafür immer wieder inhaftiert wurde, kam im Februar 2014 frei.
- Zhao Lianhai, ein betroffener Vater im Skandal mit verseuchtem Babymilchpulver, setzte sich für Entschädigungen für Opfer ein. Dafür landete er 2010 im Gefängnis. Nach internationalen Protesten wurde er aus medizinischen Gründen aus dem Gefängnis entlassen.

Die Erfolge in China zeigen, dass die internationale Solidarität sehr viel bewirken kann, auch wenn man das in China nicht unbedingt glauben möchte. Diese Solidarität ist allerdings nicht ohne Ihre Mithilfe möglich.

Die Liste der Aktionen zu China, an denen sich das Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte beteiligt hat, finden Sie auf unserer Website <http://gewerkschafterinnen.amnesty.at/> -> ACTION -> Länder -> China. Besuchen Sie unsere Website und nehmen sie an den Aktionen teil. Der Einsatz lohnt sich.

Aktionen zum 1. Mai

Seit vielen Jahren erstellen wir zum 1. Mai unsere Aktionen für Gewerkschafter*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Es ist Zeit für einen kurzen Rückblick.

- 2015 Syrien: Verlassen in der Kälte – Syrische Flüchtlinge von der internationalen Staatengemeinschaft im Stich gelassen
- 2014 Moderne Sklaverei - Ausbeutung, Diskriminierung und Verfolgung von Arbeitnehmer*innen und Arbeitsrechtsaktivist*innen
- 2013 Erntearbeiter*innen und Hausangestellte - Situation von Migrant*innen in Europa und weltweit
- 2012 Arabischer Frühling: Ein Jahr danach
- 2011 Simbabwe: Verfolgung von Gewerkschafter*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen - Leben am Rande des Abgrundes
- 2010 Verantwortung von Unternehmen - Zerstörung der Lebensgrundlage - Unterdrückung von Arbeitnehmer*innen und Menschenrechten
- 2009 MigrantInnen - Zur Existenzsicherung in der Ferne - ausgebeutet, gedemütigt, in Gefahr

Sie können diese Aktionspakete auf unserer Homepage herunterladen und die Themen darin nachlesen.

Auch in dieser Ausgabe der Aktionen zum 1. Mai haben wir 4 Arbeits- und Menschenrechtsaktivist*innen in den Mittelpunkt gestellt. Bitte unterstützen Sie diese Aktionen und schicken Sie die beiliegenden Musterbriefe ab.



Jedes Jahr verteilen wir Informationen zu verfolgten GewerkschafterInnen beim Aufmarsch zum 1. Mai (siehe Bild)

Aktionen zum 1. Mai

Anlässlich des Tages der Arbeit bitten wir Sie, an Appellaktionen zugunsten verfolgter Menschenrechtsverteidiger*innen in China teilzunehmen. Appellbriefe liegen bei.

Aktivistin in Haft



Die Aktivistin Liu Ping wurde am 19. Juni 2014 zu sechs-einhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Sie hatte am 21. April 2013 gemeinsam mit zwei wei-

teren Aktivist*innen eine Demonstration organisiert, in der sie von hochrangigen Beamt*innen die Offenlegung von Einkünften forderte.

Ihre Verurteilung war scheinbar politisch motiviert: die Behörden gehen gegen die sogenannte „Neue Bürgerbewegung“, ein loses Netzwerk von Aktivist*innen vor, die von der Regierung mehr Transparenz und die Bekämpfung von Korruption fordern.

In Untersuchungshaft wurde Liu Ping gefoltert und es wird ihr der Zugang zu adäquater medizinischer Versorgung verwehrt. Amnesty International hält sie für eine Gewissensgefangene.

Im Dezember 2014 und Februar 2015 durfte die Bürgerrechtlerin erstmals Besuch von ihrer Tochter Liao Minyue erhalten. Amnesty geht davon aus, dass die Besuchserlaubnis ein Ergebnis des Briefmarathons 2014 war. Liu Ping habe im Februar dünner und älter gewirkt als im Dezember und leide unter gesundheitlichen Problemen. Sie sei jedoch guten Mutes. Es bewegt sie sehr, dass sie nicht vergessen wurde.

Freiheit für Liu Ping! Fordern Sie ihre sofortige Freilassung. Ein Appellbrief liegt bei.

Freie Meinungsäußerung bringt 12 Jahre Haft

Yang Tongyan, freiberuflicher Schriftsteller und Mitglied des unabhängigen chinesischen PEN-Zentrums und ein scharfer Kritiker des politischen Systems in China, befindet sich in Haft.



Unter dem Verdacht der „Subversion“ wurde er im Januar 2006 inhaftiert und zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Er sollte am 22. Dezember 2017 freikommen.

Yang Tongyan war bereits von 1990 bis 2000 in Haft, weil er die blutige Niederschlagung der friedlichen Proteste auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens 1989 kritisiert hatte und angeblich eine demokratische Partei gründen wollte.

Amnesty International betrachtet Yang Tongyan als politischen Gefangenen und fordert seine sofortige und bedingungslose Freilassung.

Freiheit für Yang Tongyan! Unterschreiben Sie den beiliegenden Appellbrief.

Freiheit für Liu Xiaobo

Liu Xiaobo, Friedensnobelpreisträger des Jahres 2010, befindet sich seit Sommer 2009 in Haft. Der bekannte Literaturwissenschaftler und Menschenrechtsverteidiger wurde zu 11



Jahren Gefängnis verurteilt. Er engagierte sich über Jahre konsequent friedlich für politische Veränderungen in China.

Zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Dezember 2008 verfasste Liu Xiaobo mit anderen die „Charta 08“. Darin werden politische und rechtliche Reformen sowie der Schutz der Menschenrechte eingefordert. Nach Ansicht der chinesischen Behörden stiftete Liu Xiaobo damit zur „Untergrabung der staatlichen Ordnung“ an.

Seine Ehefrau Liu Xia, Künstlerin und Dichterin, wurde nach der Bekanntgabe des Friedensnobelpreises für Liu Xiaobo von der Polizei unter illegalen Hausarrest gestellt.

Amnesty International betrachtet Liu Xiaobo als politischen Gefangenen und fordert seine sofortige und bedingungslose Freilassung.

Freiheit für Liu Xiaobo! Fordern Sie seine sofortige Freilassung. Unterschreiben Sie den beiliegenden Appellbrief.

Arbeitsrechtsaktivist*innen in Gefahr

Am 10. Januar wurden Zeng Feiyang (Bild), Direktor der Arbeitnehmerorganisation Panyu Workers' Centre und einer der einflussreichsten Ar-



beitsrechtsaktivisten der Region, sowie der Aktivist Meng Han wegen der Organisation einer „Versammlung einer Menschenmenge mit dem Ziel, die soziale Ordnung zu stören“ formell verhaftet. Auch der Arbeitsrechtsaktivist He Xiaobo wurde wegen Unterschlagung formell verhaftet. Sie waren bereits am 4. Dezember 2015 zusammen mit der Aktivistin Zhu Xiaomei und dem Aktivist Tang Jian festgenommen worden. Zhu Xiaomei und Tang Jian befinden sich inzwischen wieder auf freiem Fuß.

Ihre Inhaftierung ist allein auf ihren rechtmäßigen Einsatz für die Arbeitsrechte in der Provinz Guangdong zurückzuführen. Die jüngsten Freilassungen deuten darauf hin, dass die Aufmerksamkeit für den Fall der Aktivist*innen Wirkung zeigt. Nun ist es wichtig, dass weitere Appelle in Bezug auf die noch inhaftierten Männer geschrieben werden.

Freiheit für die Arbeitsrechtsaktivist*innen von Guangdong! Unterschreiben Sie den beiliegenden Appellbrief.